



10. Juli 2024

Postulat

von Flurin Capaul (FDP)
und Liv Mahrer (SP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Versuch zur Etablierung einer zentralen Anlaufstelle für Baubewilligungen von Gastronomiebetrieben lanciert werden kann, aufbauend auf den Strukturen und Erfahrungen des «Roten Telefons».

Die Anlaufstelle ist der einzige Ansprechpartner für alle Fragen zu Baubewilligungen (Single-Point-of-Contact) der Gastronomie. Sie koordiniert und begleitet alle Anfragen innerhalb der Verwaltung

Nach erfolgter Pilotierung könnte eine Ausweitung auf weitere Gewerbe denkbar sein. Die Erfahrungen dieser Stelle sollen für organisatorische und prozesstechnische Verbesserungen genutzt werden. Der Stadtrat wird ebenfalls gebeten im Anschluss an den Versuch, dem Gemeinderat ein Bericht zu Erkenntnissen und Erfahrungen vorzulegen.

Begründung:

Gastronomiebetriebe beklagen sich über zunehmende Dauer der Baubewilligungen, einer Vielzahl an Ansprechpartner mit unterschiedlicher Auslegung, fehlender rechtlicher Wirkung der Auskünfte und teilweise willkürlichen Aussagen.

Als Reaktion auf die 2012 eingereichte Initiative «Ombudsstelle gegen Willkür in Bausachen» schuf die Stadt das eine befristete Helpline (bekannt als das «Rote Telefon»). Dieses heute institutionalisierte «Rote Telefon» greift bei Fragen nach dem Bauentscheid und führte dazu, dass die damaligen Initianten ihr Anliegen zurück zogen. Nun vermehren sich begründete Klagen aus der Gastronomiebranche (und weiteren Branchen) vor dem Erteilen des Bauentscheids.

So wurde beispielsweise:

- eine Baubewilligung nach 10 Wochen dahingehend beantwortet, dass gemäss städtischen Unterlagen kein Gastrobetrieb vorhanden sei und man bitte Pläne nachreichen soll (obwohl seit über 40 Jahren ein Restaurant ansässig ist)
- vor Ort gemachte mündliche Zusagen mit dem Verweis darauf, dass dies nicht den städtischen Richtlinien entspreche zurückgezogen
- Unterschiede zwischen SIA-Normen und städtischen Merkblättern zu Ungunsten des Bauherrn ausgelegt
- Je nach Auslegung des jeweiligen Mitarbeiters unterschiedliche Massstäbe bei städtischen Merkblättern angewandt

Für Gewerbetreibende ist das sehr unbefriedigend, speziell in einer Branche mit tiefen Margen wie der Gastronomie. Durch Verzögerungen, unter falschen Annahmen erteilte Aufträge an Planungsbüros oder im Nachhinein anzupassenden Bauten entstehen schnell grosse Schäden in der Höhe von zehntausenden von Schweizer Franken.